

Hilde Mattheis Dierk Hirschel



#machtsozialdemokratiemöglich

Zivilgesellschaft ernst nehmen und anhören,
Lobbyismus regulieren und transparent machen

Orientiert an den Forderungen von Transparency International und Lobby Control

Bei vielen Menschen in unserem Land gibt es ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber Staat und Wirtschaft. Ein wesentlicher Grund liegt darin, dass die Zivilgesellschaft in uns nicht mehr die natürlichen Ansprechpartner*innen ihrer Anliegen sieht.

Die SPD hat es in der jüngsten Vergangenheit leider versäumt, die Expertise, Mobilisierungskraft und die Erfolge der Zivilgesellschaft ernst zu nehmen, mit ihren Vertreter*innen und Expert*innen kontinuierlich zu beraten und zusammenzuarbeiten. Diese seit Jahren wachsende inhaltlichen Kluft zwischen Zivilgesellschaft, die oft auch die Haltung der Mehrheit der Bevölkerung widerspiegelt, einerseits und den etablierten Parteien wie der SPD andererseits, zeigt sich in zwei für die Menschheit existentiellen, internationalen Fragen:

- **Frieden, Abrüstung und Abschaffung der Atomwaffen sowie**
- **Schutz der Umwelt und Verhinderung einer Klima-Katastrophe.**

In diesen beiden Schlüsselfragen hat die SPD weder eine politische Führungsrolle noch mobilisierende Durchsetzungskraft entwickelt.

Bereits die SPD-Wahlanalyse zur Bundestagswahl 2017 stellte fest, dass die SPD seit Jahren den Kontakt zur Zivilgesellschaft vernachlässigt hatte:

*„Viel schärfer noch als bei den Konservativen sind bei der SPD die einst verlässlichen Bindungen etwa zu Gewerkschaften und Vorfeldorganisationen zerbrochen, Enttäuschungen ... haben ihren Teil zur Erosion beigetragen. Und Bündnisse mit neuen zivilgesellschaftlichen AkteurlInnen - wie Campact, Attac, Pulse of Europe etc. - ist die SPD nicht eingegangen. ... wohl eher, weil sie die Dramatik des Vertrauensverlusts noch nicht vollends begriffen hat. Sonst wäre sie nicht nur vereinzelt, sondern flächendeckend mit zivilgesellschaftlichen Akteuren*innen in kooperativem Kontakt gestanden...“*

Und unter der Überschrift „Wo sind sie geblieben? UnterstützerInnengruppen - eine vernachlässigte Spezies“, stellte die SPD-Wahlanalyse fest:

„Über Jahre hat es die SPD versäumt, sich in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus - ob unter Kulturschaffenden, SportlerInnen, Intellektuellen, NGOs oder Betriebsräten - einen soliden Rückhalt zu verschaffen...“

Leider hat sich im Verhältnis der SPD zur Zivilgesellschaft seit dem Erscheinen der Wahlanalyse im Herbst 2017 nicht viel geändert.

Dieser Kontakt muss systematisch wieder aufgenommen werden.

Hierfür müssen von der Parteispitze Dialoge mit den entsprechenden zivilgesellschaftlichen Akteuren*innen organisiert werden, die von den Parteigliederungen vor Ort aufgegriffen werden. Auf Parteitag kommen Vertreter*innen zu Wort, deren Inhalte fließen als Impuls in die Antragsdiskussion der Partei ein.

Auf der anderen Seite wurde die starke Verflechtung von Politik und Wirtschaftsinteressen wahrgenommen. Vor dem Hintergrund der wachsenden gesellschaftlichen Ungleichheit und verfestigter Machtstrukturen benachteiligt Lobbyismus jene, die über weniger Ressourcen und Zugänge verfügen. Lobbyismus geht mittlerweile längst über direkte Einflussnahme hinaus. Er beeinflusst die politische Diskussion über direkt platzierte Botschaften wie z.B. von der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“.

Daher brauchen wir:

- 1.** Ein verpflichtendes Lobbyregister und Transparenz darüber, wer in wessen Auftrag, zu welchem Thema und mit welchem Budget auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen versucht.
- 2.** Für Abgeordnete muss bezahlte Lobbyarbeit neben dem Mandat ausgeschlossen sein. Alle Nebeneinkünfte sollen nach Art und Höhe veröffentlicht werden.
- 3.** Bei Parteispenden muss die Veröffentlichungspflicht abgesenkt werden.
- 4.** Zuwendungen an Parteien müssen in der Höhe begrenzt werden.
- 5.** In Gesetzentwürfen müssen die am Erstellen der Gesetzentwürfe Beteiligten dokumentiert sein.
- 6.** Jede Beratung, die eingeholt wird, muss dokumentiert werden.
- 7.** Aufträge an Anwaltskanzleien oder Beratungsunternehmen seitens der Exekutive brauchen jeweils die Zustimmung des Parlamentes.